

Wochenblatt zu den
Dokumenten des Fortschritts

Akademische Buchhandlung von
Max Drechsel, in Bern
Erlachstrasse 23

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Organisierung menschlichen Fortschritts»

Jährlich 52 Nummern (deutsche & französische Ausgabe) für Fr. 4 1/2 Schweiz; Mark 5 in Deutschland; Fr. 6 in den anderen Ländern.
Mit der internationalen Revue «Dokumente des Fortschritts» (3. Jahrg.): fr. 10 1/2 Schweiz; Mark 10 in Deutschland; fr. 12 in den anderen Ländern.
Prezisionsnummer der Menschheit: 10 Kappen (10 P.)

Schweizer Aktionskomitee des Bundes: Dr. Otfried NIPPOLD, alt Prof. d. Univ. Bern; Dr. Aug. FOREL, alt Prof. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, Vizepräsident des Gemeinderats von Lausanne; Prof. Dr. R. BRODA (Lausanne); O. VOLKART, Präs. d. Ordens f. Ethik & Kultur; Direktor TOBLER, Vorsitzender der Bernischen Ortsgruppe des Schweizerischen Monistenbundes; Hugo WASSERMANN, Lausanne; Fr. RUEDI alt Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Zugerberg; WENGER, Mitgl. d. Zürcher Kantonalrats; E. PEYTRÉQUIN, Herausgeber d. «Libre Pensée intern.»; H. Hodler, Präs. d. Esperantoverbandes, Genf, u.a.m.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FOERSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN Mitglied des deutschen Reichstags, Berlin; Dr. Carl Grünberg, Prof. a/d. Univ. Wien; Dr. MASARYK, Prof. a/d. Univ. Prag; CASTBERG, Staatsminister, Kristiania; Ferdinand BUISSON, Präsident der Liga der Menschenrechte, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. d. engl. Parlaments; E. VANDERVELDE, belg. Minister; Dr. von NOE, Prof. a/d. Univ. Chicago, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Lausanne, Schweiz, avenue de Rumine, 60. — An diese Adresse wollte man alle Zuschriften für den Bund und die Schriftleitung seiner Organe richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

Der Dauerfriede, seine Möglichkeit und der Einfluss der „Neutralen“ auf denselben

Bereits sieben Monate führt der Unverstand, der aus Neid und Habgier geborene blinde Hass, sein blutiges Szepter über die entsetzten Völker fast der ganzen Erde und noch ist das Ende nicht abzusehen. Gleichwohl kann als sicher angenommen werden, dass nicht nur die Angehörigen der kämpfenden Nationen, sondern auch deren Regierungen die Notwendigkeit der baldigen Beendigung dieses Schmachzustandes klar erkennen; denn das Gegenteil ist gleichbedeutend mit dem Ruin fast ganz Europas. Es soll sich dies natürlich nur auf den wirtschaftlichen Ruin beziehen, auf den Verlust der sogen. «realen» Güter und Interessen, nicht auf den moralischen, auf die Vernichtung der Millionen Menschenleben, auf die Schädigung der Volksgesundheit, auf Verrohung, Schändung, Hunger, Pest u. dgl. m.; denn das sind Werte, die nur für den Menschen in Betracht kommen, die Nation aber ist weder Mensch noch menschlich, trotz ihrer hochtönenden Phrasen von Kultur und Sittlichkeit. Ja, die Nationen in ihrer heutigen Form sind geradezu antimenschlich, weil sie in ihrem Streben nach der Vorherrschaft jeden Einzelnen und in ihm die gesamte Menschheit schädigen. Der gegenwärtige Krieg beweist das zur Evidenz.

So allgemein das Verlangen bei Regierungen und Völkern nach dem Frieden ist, ebenso allgemein ist die Forderung aller Parteien, dass dieser unglücklichste aller Kriege zu einem dauernden Frieden führen müsse; denn obwohl man bis zur Stunde absolut ausser Stande ist, sich auch nur ein annäherndes Bild von den furchtbaren Folgen dieses wüsten Ringens um Macht und Vorteil zu machen, so begreift man doch, dass die gegenwärtige und die kommende Generation vor der Wiederholung einer solchen Katastrophe geschützt sein müsse. Es steht nun hier zur Untersuchung: Ob und wie das möglich ist.

Beide kämpfenden Parteien streben, gemäss den häufig und energisch wiederholten offiziellen Erklärungen, dasselbe Ziel auf demselben Wege an, d. h. durch die vollständige Niederwerfung der Gegner... und beide Parteien sind fest überzeugt, dieses Ziel zu erreichen. Nimmt man die Möglichkeit des Erfolges für beide Teile gleich gross an, so ergeben sich zunächst zwei Fragen, u. zw.: Was wird im Interesse des Dauerfriedens geschehen können, a) wenn die Entente-Mächte Sieger werden? b) wenn die Zentralmächte siegen?

Zu a. Das Interesse Russlands am Kriege ist aller Welt bekannt und war es längst vor dem Kriege. Ebenso hat Russland kein Hehl daraus gemacht, dass sein Weg nach Konstantinopel über Wien gehe, noch auch, welche Absichten es bezgl. der noch nicht seinem Szepter untertänigen Slaven verfolgt. Hieraus allein ergäbe sich dann schon die Zertrümmerung Oesterreichs und der Türkei, während Preussen Polen an Russland und Schleswig-Holstein an Dänemark abtreten müsste. Möglich, dass sich Russland damit begnügen, möglich auch, dass es mehr nehmen würde.

Auch die Interessen Frankreichs am Kriege sind bekannt. Vielleicht, dass es sich als Sieger mit der Zurücknahme Elsass-Lothringens begnügen, viel-

leicht auch, dass es die Verschiebung seiner Grenze bis an den Rhein im Interesse der Ruhe für notwendig hielte.

Englands Interesse am Kriege ist ebenso bekannt, trotz der versuchten Verschleierung durch den belgischen Vorwand. Gewiss, England hat ein bedeutendes Interesse an der Neutralität Belgiens, weil diese Neutralität der sicherste Schutz für die englische Küste ist. Es war also weniger die Entrüstung Englands über den deutscherseits eingestandenen Völkerrechtsbruch gegenüber Belgien, welche die Waffen ergreifen liess, als vielmehr die Sorge darum, dass der strategisch so ungeheuer wichtige Hafen von Antwerpen in deutschen Besitz gelangen könnte, ein Hafen, den schon Napoleon als eine auf den Kopf Englands gerichtete Pistole bezeichnete. Heute weiss jedes Schulkind, dass England seine Weltherrschaft durch Deutschland für bedroht hält und dass es diese Möglichkeit durch die Niederwerfung des politischen Deutschlands zu beseitigen trachtet.

Wie verschieden nun auch die Einzelinteressen der Ententemächte am Kriege sind, so haben sie doch eines gemeinsam: die Zerstörung der politischen Macht Deutschlands, weil ohne diese ihre anderen, durch den Sieg zu erringenden Erfolge in absehbarer Zeit wieder gefährdet würden. Nun hat uns dieser Krieg so gründlich wie alle seine Vorgänger darüber belehrt, wie wertlos Völkerrecht und feierliche Verträge zwischen den Nationen sind, wenn irgend eine derselben sich für mächtig genug hält, einen unbequemen Vertrag brechen zu dürfen.

Aus diesem Grunde würde die Entente als Siegerin sich voraussichtlich nicht mit papierenen Verträgen abfinden lassen, sondern ihren Erfolg durch praktische Einrichtungen zu sichern suchen, dergestalt, dass man nach sehr wesentlichen Abtrennungen die deutschen Einzelstaaten so umformte, dass die Vorherrschaft Preussens beseitigt und der Hader zwischen den Neubildungen wieder so frisch und fröhlich wucherte wie vor 1870. Man würde ferner alle Festungen niederlegen, die grossen Waffenfabriken, die Kriegsflotte und Häfen anneklieren oder zerstören und das Land mit einer dergleichen Kriegsentschädigung belasten, dass es in der Tat für lange Zeit zu keiner Erhebung fähig wäre.

Die geschilderten und noch mehr Massregeln könnten die Sieger zweifellos nach einer völligen Invasion Deutschlands ergreifen; allein würde das zur Sicherung eines Dauerfriedens, um den es sich doch handelt, genügen? Diese Frage ist aus folgenden Gründen entschieden zu verneinen:

1. Die Interessengemeinschaft der Sieger existiert nur für die Dauer dieses Krieges und die alte Gegnerschaft würde sich wieder geltend machen, sobald derselbe beendet ist. Daher wird keiner dem andern einen Machtzuwachs aus diesem Siege gönnen, der den andern gefährlich werden könnte.

2. Man mag das politische Deutschland zerkleinern und aufteilen, wie man will, die gewaltige Masse des deutschen Volkes kann man unmöglich vernichten. Diese Masse aber wird weiter wachsen und in dem Masse, wie sie die in den Friedensbedingungen enthaltenen Härten und Ungerechtigkeiten empfindet, in demselben Masse wird sie darnach trachten das auferlegte Joch abzuschütteln. Sicherlich würden einige Jahrzehnte vergehen, bis sich das Volk aus

seiner Erschöpfung genügend erholt hätte, um einen neuen Gang um seine Befreiung wagen zu können, allein es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sich die heute verbündeten Sieger bald wieder in den Haaren liegen und dieses würde der Augenblick sein, in welchem sich das deutsche Volk wieder frei und einig macht. Bis zu diesem geeigneten Augenblick aber würden die Unterdrücker gerade so in steter Sorge um die Erhaltung des neuen Besitzes leben, wie Deutschland nach 1870 und zu denselben wahnsinnigen Rüstungen gezwungen sein wie dieses. Das unvermeidliche Ende all dieser Opfer, Unruhen und Sorgen würde aber wieder ein Krieg sein, in welchem unsere heutige junge Generation wieder Blut und Gut opfern müsste auf dem Felde, das man heute noch das «Feld der Ehre» zu nennen beliebt.

Zu b. Wenn die Zentralmächte Sieger bleiben, dann ist ebenso wenig die Möglichkeit eines Dauerfriedens abzusehen, denn auch sie werden auf papierene Verträge keine Zukunft aufbauen, sondern Verhältnisse schaffen wollen, welche den Feinden die Möglichkeit zu einer neuen Bedrohung nehmen. Zwar haben Deutschland und Oesterreich ausdrücklich erklärt, dass sie durchaus keine Gebiets-erweiterung anstreben, allein wenn sie auch durch Gründung neuer Staatengebilde auf Kosten Russlands sich vor dessen Bedrohung einigermaßen schützen könnten, so bliebe ihnen immer noch die Aufgabe, England und Frankreich dauernd niederzuhalten, eine Aufgabe, deren Lösung der Unbefangene auf die Dauer für unmöglich halten muss; denn ebenso wenig wie das deutsche, kann man das englische und französische Volk einfach vernichten. Das Ende wäre also auch in diesem Falle ein neuer Krieg in absehbarer Zeit; denn die Zeiten sind — wenigstens für Europa — vorbei, in denen unter den Nationen das Prinzip der rohen Gewalt den endgiltigen Sieg über das Prinzip der Gerechtigkeit davontragen könnte. Ein Frieden aber, der diesen Krieg auf Grund eines vollkommenen Sieges — wie solches von beiden Parteien verlangt wird — abschliesst, wird ohne allen Zweifel auf der Basis der Gewalt beruhen, also ungerecht und von relativ kurzer Dauer sein.

Demnach ist ein Dauerfriede nur möglich, wenn er auf Grund einer Verständigung abgeschlossen wird, bevor es noch Sieger und Besiegte gibt. Nun ist von keiner der kämpfenden Parteien zu erwarten, dass sie den ersten Schritt zu einer Verständigung tun werde, denn keine dürfte sich stark genug fühlen — in beiden Richtungen — um den Schein der Schwäche, den man einem solchen Vorgehen aus kindischer Eitelkeit beilegt, auf sich zu nehmen...

Es wird daher Sache der Neutralen sein, diese Verständigung anzubahnen u.zw. nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern im höchst-eigenen realen Interesse, das ja von den Nationen leider immer noch unendlich viel höher bewertet wird, als alle Menschlichkeit, Religion, Sittlichkeit u. dgl. m. Right or wrong! sagt bekanntlich der Engländer und wenn auch die übrigen Nationen dieses Prinzip des Faustrechts nicht so unverblümt eingestehen, so handeln sie doch ebenso darnach.

Die Neutralen sind durch diesen furchtbaren Krieg fast ohne Ausnahme derart benachteiligt, dass sie nicht nur das Recht haben, zum Frieden zu mahnen, sondern ihn zu fordern. Freilich macht eine

Forderung keinerlei Eindruck, wenn man ihr keinen Nachdruck verleihen kann, allein in diesem Fall dürfte die Forderung durch genügende Macht gestützt sein, wenn die Neutralen erst untereinander einig wären. Zu diesem Behufe sollte die holländische Regierung, als Hospes des internationalen Schiedsgerichtes, sämtliche Neutralen zu einer Beratung nach dem Haag einladen, um sich über die Form ihrer Intervention schlüssig zu werden und die Hauptbedingungen vorzubereiten, unter welchen sie einen Dauerfrieden für möglich halten. Alsdann wären die kämpfenden Parteien nach dem Haag einzuladen, mit dem Bemerkung, dass, wenn beide Parteien die Einladung als verfrüht oder dgl. unbeachtet liessen, die Neutralen beschlossen hätten, ihnen ihre Aus- und Einfuhrmärkte zu verschliessen u.zw. nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch noch für eine gewisse Zeit nach demselben. Ferner, dass die Neutralen sich verpflichtet hätten, diejenige Partei mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen den etwa ablehnenden Teil zu unterstützen, die sich zur Annahme der aufgestellten Friedensbasis bereit erklärte.

Durch eine solche Koalition der Neutralen unter Führung der Vereinigten Staaten Nordamerikas erscheint es nicht nur möglich, dem gegenwärtigen teuflischen Morden rasch ein Ziel zu setzen, sondern auch die Kriege in Zukunft überhaupt zu vermeiden. Es wäre hierfür nur nötig, dass sich die Neutralen vorläufig zu einer — sagen wir — Exekutivgewalt organisierten, derart, dass sie sich nicht bloss der Aufgabe unterzögen, in Zukunft die Streitfragen zwischen zwei kollidierenden Mächten — auch ohne deren Antrag — gewissenhaft zu untersuchen und gerecht zu entscheiden, sondern auch, dass sie sich mit all' ihren Machtmitteln demjenigen zur Seite stellen würden, dessen Sache sie als die gerechte erkannt haben. Es wäre also durchaus nicht nötig, dass alle Staaten sich von vornherein für die Anerkennung des Schiedsspruches aussprächen, sondern für den Anfang genüge es vollkommen, dass eine Anzahl neutraler Staaten sich das Richteramt aus eigener Machtvollkommenheit beilegen, um dann ihren Rechtssprüchen auch Geltung zu verschaffen. Wenn vielleicht zu Anfang das Resultat kein absolut radikales wäre, so würde doch ein äusserst grosser Erfolg ganz sicher zu erzielen sein, der, dass diejenige Macht, deren Ansprüche sich gemäss Untersuchung des Haager Gerichtes, als ungerecht erwiesen, vor den Augen der ganzen Welt als Friedensstörer und Gewalttäter entlarvt, auch jede Sympathie der Aussenstehenden für lange Zeit verlieren müsste, wenn er es nicht vorzöge, sich dem Schiedsspruch zu fügen. Ausserdem würde die Verteidigungskraft des ungerecht Angegriffenen mindestens um die ganze Macht der Neutralen gestärkt.

Wie wichtig aber heutzutage den Streitenden allein schon die Meinung der Unbeteiligten über die Gerechtigkeit ihrer Sache ist, beweist der jetzige Krieg deutlicher als alle seine Vorgänger dadurch, dass sich beide Parteien durch offizielle Erklärungen und durch ihre Presse fieberhaft bemühen, nicht nur das Inland, sondern auch das Ausland von der Gerechtigkeit ihrer Sache zu überzeugen: Diese Bemühungen müssen natürlich so lange erfolglos bleiben, als es keine vertrauenswürdige Instanz gibt, die das Material vorurteilsfrei geprüft und den Befund aller Welt bekannt gegeben hat. Das würde aber mit einer Schlage anders, wenn sich erst ein Gerichtshof im Haag konstituiert hätte, u. bestünde er auch nur aus den Ländern: Ver. St. Nord-Amerikas, grössere Republiken Süd-Amerikas, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Schweiz, Spanien, Italien, Rumänien, etc. etc. Es ist wol keine utopische Annahme, dass sich ein, aus so kleinen Anfängen hervorgehendes Schiedsgericht bald zu einer so grossen moralischen Macht entwickeln würde, dass auch manche Grossmacht sehr bald ihren Vorteil in dem Beitritt erkennen würde. Wenn dann auch diejenigen fern blieben, deren äussere Politik das helle Tageslicht nicht verträgt, so wäre dies schon deshalb belanglos, weil ihre Macht auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete nicht ausreichen dürfte, den Beschlüssen des Schiedsgerichtes zu trotzen.

Man wage nur einmal den Versuch und bald wird man sich vom Erfolge überzeugen.

H. TUTOR.

Aufruf.

Alle Welt fordert: *diesem furchtbaren Krieg muss ein Friede folgen, der die Bedingungen der Dauer in sich trägt.* Das verlangen nicht nur die Angehörigen der kriegführenden Mächte, sondern auch alle Neutralen: denn dieser Krieg hat sie alle getroffen. Er hat mit grausamen Argumenten die Solidarität der Menschheitsinteressen erwiesen.

Wer einen dauerhaften Frieden will, muss versuchen die Ursachen zu beseitigen, die zum Kriege geführt haben.

Wodurch wurde diese Weltkatastrophe möglich? Man mag streiten über gewisse tiefere Ursachen der Kriegsgefahr, über den Zusammenhang der Kriege mit unserer Gesellschaftsordnung, über die Bedeutung der nationalen Gegensätze, über die unmittelbare Veranlassung zum Kriegsausbruch und über die Verteilung der persönlichen Verantwortung. Kein Zweifel kann aber bestehen über gewisse allgemeine Ursachen.

Der Mangel an Achtung vor der Freiheit und der Gleichberechtigung der Nationalitäten hat die Neigung zu Uebergriffen gezeitigt und zugleich die nationalen Leidenschaften erregt. Die Hetze einer gewissenlosen Presse, genährt von den Interessenten der Rüstungsindustrie und der Sensation, hat die Beziehungen der Völker trotz ihrer oft bekundeten und unbezweifelbaren Friedensliebe vergiftet.

Die Expansionspolitik, verbunden mit imperialistischen Tendenzen, der scharfe Wettbewerb um abgeschlossene Handelsgebiete und um Kolonien, hat gefährliche Gegensätze geschaffen.

Die politische Organisation der Welt ist zurückgeblieben hinter der Entwicklung der international verflochtenen Interessen. Wir lebten trotz aller Fortschritte des Völkerrechts noch in Zustände internationaler Anarchie. Die Achtung vor dem Recht war noch weit entfernt von allgemeiner Anerkennung. Das Werk vom Haag blieb unvollendet. Es fehlte an brauchbaren Einrichtungen für eine Vermittlung von Interessekonflikten.

Das System der fortwährenden Steigerung aller Rüstungen hat, statt den Frieden zu sichern, vielmehr eine Atmosphäre feindseligen Misstrauens erzeugt und förmlich dazu hingedrängt, diese Rüstungen zur Niederwerfung des Gegners und zur Vernichtung des Wohlstandes wirtschaftlicher Konkurrenten zu gebrauchen. Der daraus entstandene Glaube an die Unvermeidlichkeit des Krieges hat die Kraft des Widerstandes gegen Kriegstreiberien gelähmt.

Das System der europäischen Politik, beherrscht von dem Gedanken des Gleichgewichts, hat, weit davon entfernt eine Friedensbürgschaft zu sein, die Rivalitäten verschärft und aus jedem lokalen Konflikt eine furchtbare Gefahr für den Weltfrieden gemacht. Im Dunkel der Diplomatie und der geheimen Verträge wurde die Spannung bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

Dem allem muss man versuchen, Einhalt zu tun. Die Gelegenheit dazu — eine Gelegenheit die vielleicht niemals wiederkehrt — bietet der Friedensschluss, der diesen Krieg beendigen wird.

Die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die Neuordnung der politischen Welt ist eine Angelegenheit der ganzen Menschheit. Deshalb muss sich an jene Friedensverhandlungen, die zunächst Sache der kriegführenden Mächte sein werden, eine Weltfriedenskonferenz, die «dritte Haager Konferenz», anschliessen. Nicht genug damit! Die Völker haben jetzt ein Wort mitzureden. Die alte Politik der zünftigen Staatslenker ist zusammengebrochen. Um eine neue zu beginnen, müssen Alle mitwirken, die guten Willens sind.

Der Ruf, sich anzuschliessen, ergeht an Alle, ohne Unterschied der Nationalität, des Glaubens, der politischen Partei und der sozialen Stellung. Die politischen und die geistigen Führer der Menschheit, die unser Kulturleben davor zubewahren haben, auf's Neue geschändet zu werden, die Männer der friedlichen Arbeit und jene der internationalen Organisationen, die den mühseligen Gewinn ihres Schaffens vor sinnloser Zerstörung schützen müssen, die Frauen, in deren wachsendem Einfluss eine neue Hoffnung für den Frieden anerkannt werden muss, die Massen, die

nicht noch einmal zum Morden und Sterben geführt werden wollen, sie alle sollen zusammenhelfen; denn sie alle sind solidarisch.

Als Grundlage für das gemeinsame Vorgehen mögen die hier folgenden Forderungen dienen. Sie sind das Minimum dessen, was verwirklicht werden sollte. Sie werden teils durch internationale Verträge, teils durch übereinstimmende nationale Gesetzgebungen der einzelnen Staaten zu erfüllen sein. Eine innere Einkehr muss hinzukommen, um den Paragraphen Kraft und Leben zu verleihen und so nach dem Zusammenbruch der alten Ideen eine neue Zeit heraufzuführen.

Für diese Aufgabe gilt es, die Unterstützung der ganzen Kulturwelt zu gewinnen!

Mindestprogramm.

1. Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung, deren Zustimmung, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden soll.

Die Staaten sollen den Nationalitäten Ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.

2. Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.

3. Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenzen soll ausgebaut werden.

Die Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen halten.

Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a/ ein wirklich ständiger internationaler Gerichtshof und b/ ein gleichfalls ständiger internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte — diplomatische, wirtschaftliche oder militärische — Aktion für den Fall durchzuführen, dass ein Staat militärische Massnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungs- und Vermittlungsrats einzuholen.

4. Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.

5. Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden. Geheime Verträge sollen nichtig sein.

Dieser Aufruf mit Mindestprogramm ist hervorgegangen aus den Beratungen einer *Internationalen Zusammenkunft*, die vom 7. bis 10. April 1915 im Haag stattgefunden hat. Die Einladungen zu ihr hatte, im Einvernehmen mit verwandten Organisationen der Schweiz und der Skandinavischen Länder, der «Niederlandsche Anti-Oorlog Raad» an einen ausgewählten Kreis von Personen ergehen lassen. Anwesend waren Angehörige folgender Staaten: Belgien, Deutschland, Grossbritannien, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Grundsätzliche Zustimmungserklärungen lagen ausserdem vor aus Dänemark, Frankreich, Italien und Spanien.

Das Programm wurde nach gründlichen Beratungen von der Versammlung einstimmig angenommen. Ausserdem wurde die Gründung einer «Zentralorganisation für einen Dauernden Frieden» beschlossen, behufs Zusammenfassung aller in verschiedenen Ländern ähnliche Ziele verfolgenden Organisationen und Personen. Für diese Zentralorganisation wird ein grosser internationaler Rat als allgemeiner Ausschuss gebildet. Als Vollzugsausschuss wurde der Vorstand des «Niederlandsche Anti-Oorlog Raad» (Niederländischer Anti-Krieg-Bund), verstärkt durch auswärtige Mitglieder, eingesetzt.

Im Auftrag der «Zentralorganisation für einen Dauernden Frieden»:
Der Vorstand des
«Niederlandsche Anti-Oorlog Raad»:
Dr. H. C. Dresselhuys, Vorsitzender.
Dr. B. de Jong van Beek en Donk, Schriftführer.